

# Familien: Ergänzungsleistungen ab 2013?



Familienkonzept: Regula Unteregger, Vorsteherin Sozialamt, die Regierungsräte Bernhard Pulver und Philippe Perrenoud sowie Pascal Coullery, stv. Generalsekretär GEF. (Bild: uz)  
Quelle: BR

**Ergänzungsleistungen für Working Poor-Familien, Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung und die Vernetzung des bestehenden Beratungsangebotes: Das ist die Stossrichtung der regierungsrätlichen Familienpolitik.**

## **EVP applaudiert**

Auslöser von Familienkonzept, Familienkonferenz und Ergänzungsleistungen sind drei vom Grossen Rat überwiesene Motionen der EVP-Grossräte Daniel Steiner, **Marianne Streiff** und Christine Schnegg. In einer Stellungnahme begrüsst die EVP die regierungsrätliche Arbeit: «Das Familienkonzept sieht klare Stossrichtungen in der Unterstützung, Stärkung und Entlastung der Familien vor, und wir beurteilen die Priorisierung einzelner Massnahmen als richtig und wichtig.» Sie hoffe nun auf den politischen Umsetzungs-Willen. (uz)

Bruno Utz

Der Kanton habe schon viel gemacht und mache immer noch viel für die Familien, stellte Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud (SP) gestern bei der Vorstellung des vergangene Woche vom Gesamtratsrat gutgeheissenen Familienkonzepts klar. Und trotzdem sieht der Regierungsrat Handlungsbedarf. Eine gute Familienpolitik müsse den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen. Pascal Coullery, stellvertretender Generalsekretär der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) verwies auf den Sozialbericht 2008: Trotz Kinderzulagen und Alimentenbevorschussung lebten zehn Prozent der Familien im Kanton Bern in Armut. Sogar rund dreimal grösser sei die Armutsquote unter den Alleinerziehenden.

Weil die für den Sozialbericht verwendeten Daten aus dem Jahr 2006 stammten, müsse heute wegen der Folgen der Wirtschaftskrise mit noch umfangreicherer Armut gerechnet werden.

Die Sozialpolitik müsse auch die Veränderungen der Familienstrukturen berücksichtigen. Trotz der beinahe Verdoppelung der Ein-Personen-Haushalte von 19 auf 36 Prozent in den vergangenen Jahrzehnten lebten jedoch immer noch mehr als die Hälfte aller Bernerinnen und Bernern in einer Art Familienhaushalt.

### **Zuerst finanzielle Situation verbessern**

Ziel der regierungsrätlichen Familienpolitik, ist die Familien in ihren familialen Leistungen zu fördern und unter anderem finanziell zu unterstützen. In seinem Familienkonzept hat der Regierungsrat 13 konkrete Massnahmen definiert. Angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise dränge sich die Verbesserung der finanziellen Lage der Familien als prioritäres Ziel auf. Nach den Ergänzungsleistungen soll laut Konzept die steuerliche Entlastung der Familien angepeilt werden.

Aufgezeigt wird, dass die Erhöhung des Kinderabzugs von 6300 Franken auf 8000 Franken jährliche Kostenfolgen von 30 Millionen Franken auslösen würde. Und wenn für die Drittbetreuung in der Steuererklärung statt 3000 neu 10 000 Franken geltend gemacht werden könnten, würde das weitere Steuerausfälle von 23 Millionen Franken nach sich ziehen. Nicht anzustreben ist laut Regierungsrat die Einführung eines Eigenbetreuungsabzugs. Nicht quantifizierbar sind die Kosten höherer Kinderzulagen.

Im geltenden System finanziert die öffentliche Hand lediglich die Zulagen für Nichterwerbstätige, während diejenigen für Erwerbstätige von den Arbeitgebern bezahlt werden. Weitere im Konzept beleuchtete mögliche Massnahmen betreffen unter anderem: Die Förderung einer familienfreundlichen Arbeitswelt, Die Förderung einer familienfreundlichen Aus- und Weiterbildung und die Förderung eines familienfreundlichen Kultur, Freizeit- und Wohnangebots. (uz)

### **Hilfe für Working Poor**

In vielen Haushalten reiche das Einkommen jedoch nicht fürs Leben. Wie dies der Grosse Rat mit der Überweisung einer EVP-Motion im Januar beschlossen hat, will der Regierungsrat solchen Familien mit der Einführung von Ergänzungsleistungen zu einem die Existenz sichernden Einkommen verhelfen. Vorgesehen ist, dass der Grosse Rat in der ersten Hälfte 2012 über die noch auszuarbeitende Vorlage entscheiden kann. Bei einer Zustimmung könnten Ergänzungsleistungen ab Anfang 2013 fliessen. «Für die betroffenen Familien entfällt dann das ganze Misstrauensklima rund um die Sozialhilfe», so Perrenoud.

### **Kind steht im Zentrum**

Gemäss dem Familienkonzept könnten die kantonalen Ergänzungsleistungen je nach Ausgestaltung Mehrkosten zwischen 43 bis 112 Millionen Franken jährlich zur Folge haben. Diese Schätzung basiert auf den Ergänzungsleistungen, wie sie der Kanton Solothurn nach einem im Mai mit 57,5 Prozent Ja-Stimmen gefällten Volksbeschluss einführen will.

Laut Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne) dient auch der weitere Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung der Stärkung der Familien: «Damit fördern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.» Konkret soll in zehn Jahren jedes fünfte Kind im Vorschulalter an 2,5 Tagen pro Woche in einem öffentlich finanzierten Angebot betreut werden können. Gegenüber heute löst der anvisierte Ausbau jährliche Mehrkosten von 18

Millionen Franken aus. Mit Verweis auf die Harnos-Diskussion strich Pulver die Freiwilligkeit zur Nutzung der familienergänzenden Betreuungsangebote heraus. Das Kind stehe klar im Zentrum der Familienpolitik.

Als dritte Massnahme mit hoher Priorität erachtet der Regierungsrat die Vernetzung des bestehenden Beratungsangebotes für Familien. Von einem Ausbau des Beratungsangebotes sieht der Regierungsrat jedoch ab. Vorgesehen ist, dass der Grosse Rat im März nächsten Jahres über das Familienkonzept diskutiert. Auf diesen Zeitpunkt hin will der Regierungsrat die ebenfalls in einer **EVP-Motion**\* geforderte Familienkonferenz einsetzen. Anfänglich soll diese laut Perrenoud direktionsübergreifend aus Vertretern der Verwaltung bestehen. Später sollen auch der Bund und Non-Profit-Organisationen dazu stossen.

\* Motion Marianne Streiff-Feller Nr. 177/2006

Quelle: Berner Rundschau

Letztes Update: 11.11.09, 06:27 Uhr